

In den Ausschuss für Kinder- und Jugendhilfeangelegenheiten	am	TOP:
In den Verwaltungsausschuss	am	TOP:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Laatzen

Dr. Matthias Miersch

Postfach 110440, 30859 Laatzen

Tel. 0511962890 (dienstl.) • Tel. 05119628930 • e-mail RAe.Buschmann@htp-tel.de

Herrn

Bürgermeister Hauke Jagau

Rathaus

30880 Laatzen

Laatzen, 28. April 2005

Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Laatzen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

im Namen und Auftrag der SPD-Fraktion bitte ich Sie, folgenden Antrag den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen:

Die Verwaltung erarbeitet unter Ermittlung der Kosten eine Gesamtkonzeption zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die vor allem folgende Aspekte berücksichtigt:

Verbesserung bzw. Ergänzung des bestehenden Angebots im Bereich der **Kinderbetreuung**:

- flexible ganztägige Kita-Zeiten und Sonderöffnungszeiten, die dem Bedarf der arbeitenden Eltern gerecht werden. In diesem Zusammenhang ist mit der Region über die Übernahme der Kita Sudewiesenstraße zu verhandeln. Zu prüfen ist in diesem Zusammenhang auch die Kooperation mit Unternehmen;
- ausreichend Krippenplätze für ganz Laatzen bzw. Verbesserung des Betreuungsangebots durch geeignete Tagesbetreuung;
- Absenkung der Kita-Platz-Gebühren mit dem Ziel der Abschaffung;
- Ausweitung und Fortsetzung städtischer Betreuungsangebote in den Ferien;
- Eine Leih-Großeltern-Börse, durch die Eltern und ältere Leute einander bezüglich der Kinderbetreuung unter die Arme greifen können.

Im Bereich **Unternehmenspolitik** soll die Stadt familienfreundliche Konzepte entwerfen und

- als Arbeitgeber durch Umsetzung der Konzepte mit gutem Beispiel vorangehen;
- in Kommunikation mit Arbeitgebern und Unternehmen treten und Möglichkeiten zu familienfreundlicher Unternehmenspolitik aufzeigen;
- Unternehmen als Kooperationspartner im Bereich der Kinderbetreuung gewinnen.

Im Bereich **Gesundheit** soll mit der Region ein Konzept mit dem Ziel entwickelt werden,

- die Vorsorgeuntersuchungen in den Kindertagesstätten zu verbessern, um durch eine gezielte Ernährungs- und Gesundheitsberatung in Kitas und Schulen für Eltern und Kinder Fehlentwicklungen entgegenzutreten.

Im Bereich **Bildung** ist das Ziel weiter zu verfolgen,

- alle weiterbildenden Schulen in Laatzen als Ganztagschulen mit qualifizierten Schul-, Betreuungs- und Freizeitangeboten auszubauen.

Im Bereich **Wohnumfeldverbesserung**

- sind die im Projektantrag „Soziale Stadt“ aufgezeigten einzelnen Entwicklungsschritte zu konkretisieren und somit geeignete Maßnahmen zur Umsetzung zu entwickeln.

Im Bereich **Bündnisarbeit:**

- wird ein „Bündnis für Familie“ angeregt, in dem verschiedene gesellschaftliche Gruppen dauerhafte Lösungsansätze mit örtlichem Bezug zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf diskutieren und so eine Balance zwischen Familie und Arbeitswelt mit all ihren Aspekten schaffen.

Begründung:

In einer modernen und zukunftsfähigen Gesellschaft ist es heute unerlässlich, Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ergreifen. Der demographische Wandel führt dazu, dass unsere Gesellschaft künftig weniger Kinder haben wird. Dies darf jedoch nicht durch familienfeindliche Politik forciert werden. Darum gilt es, gerade vor Ort ein ausreichendes Angebot an Betreuungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, familienfreundliche Unternehmenspolitik und ein familienverträgliches (Wohn-)Umfeld zu schaffen. Der Kinderwunsch vieler Paare darf nicht dadurch getrübt werden, dass kein qualifiziertes Betreuungsangebot vorhanden ist, das Familie und Beruf vereinbar macht. Eltern muss im Gegenteil gezeigt werden, dass beides möglich ist.

Zudem ist es gerade unter dem Aspekt, dass immer noch weit mehr Frauen für die Familie zuständig sind – sei es, weil sie die Geringerverdienenden sind, sei es aus traditionellen

Gründen -, eine Frage der Gleichberechtigung der Geschlechter, dass beide Elternteile und insbesondere auch Frauen die Möglichkeit haben, ihren Beruf wieder aufzunehmen. Arbeit bedeutet für Mann und Frau gleichermaßen Selbstverwirklichung, Emanzipation und (finanzielle) Unabhängigkeit.

Des weiteren gilt es, die Arbeitstätigkeit für Alleinerziehende, die insbesondere darauf angewiesen sind, zu ermöglichen und zu vereinfachen, und es allgemein Frauen zu ermöglichen, beruflich „up-to-date“ zu bleiben. Die Aktion Leihgroßeltern im Rahmen der „Sozialen Stadt“ soll es Eltern ermöglichen, kurz- und langfristig Betreuungsmöglichkeiten durch vertraute Personen zu finden.

Unbedingte Voraussetzung ist auch eine familienfreundliche Unternehmenspolitik: Teilzeitmodelle und Zeitkonten sowie Lohnflexibilität und Arbeitsschutzregelungen setzen die Grundvoraussetzungen, um das Arbeitsleben der Eltern ihrem Familienleben anzupassen. Auch Unternehmen müssen ein Interesse an optimalen Kinderbetreuungszeiten haben. Modellprojekte in anderen Städten (z.B. Frankfurt) beweisen, dass Kooperationen mit der öffentlichen Hand funktionieren.

Um die Nachhaltigkeit und Aktualität der Problematik „Familie und Beruf“ zu gewährleisten, soll sich ein „Bündnis für Familie“, bestehend aus allen teilhabenden Gruppen (Politik, Kommune, Familie, Schulen), zusammenfinden und familiengerechte Lösungsansätze für die Bedürfnisse der Familien erarbeiten.

Dr. Matthias Miersch
Fraktionsvorsitzender